



Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
80327 München

Präsidentin des Bayerischen Landtags
Frau Barbara Stamm, MdL
Maximilianeum
81627 München

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom
08.05.2017
PI/G-4254-2/2284 K

Unser Zeichen (bitte bei Antwort angeben)
X.2-H1525.1.2/5

München, 6. Juni 2017
Telefon: 089 2186 2667

**Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Andreas Lotte (SPD)
vom 08.05.2017 betreffend „Wohnen für Studierende in Bayern“**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

zu o. g. Schriftlichen Anfrage nehme ich auf Basis der hier vorhandenen Datenlage und unter Einbeziehung der Stellungnahme der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wie folgt Stellung:

*1) Wie hoch war in Bayern die Unterbringungsquote von den Studierenden in geförderten Studentenwohnungen in den letzten fünf Jahren?
(aufgeschlüsselt für die einzelnen Jahre, nach Winter- und Sommersemester, Hochschulorten und Studentenwerken)*

Die Unterbringungsquote von Studierenden in geförderten Wohnplätzen für Studierende in den letzten fünf Jahren, aufgegliedert nach Jahren, Studentenwerken und Hochschulorten, bitten wir folgender Übersicht zu entnehmen:

Studenten- werk / Hochschul- ort	2012	2013	2014	2015	2016
Studentenwerk Augsburg					
Augsburg	10,50 %	9,64 %	9,06 %	9,94 %	9,85 %
Kempten	6,54 %	6,81 %	6,84 %	6,35 %	6,77 %
Neu-Ulm	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	4,05 %
Studentenwerk Erlangen-Nürnberg					
Ansbach	5,38 %	6,72 %	6,24 %	5,57 %	5,97 %
Eichstätt	10,24 %	9,86 %	9,46 %	9,14 %	9,21 %
Erlangen	13,22 %	12,57 %	12,29 %	12,01 %	11,36 %
Ingolstadt	8,99 %	10,17 %	9,39 %	9,24 %	8,82 %
Neuen- dettelsau	55,68 %	59,39 %	64,47 %	57,65 %	63,64 %
Nürnberg	10,39 %	9,67 %	8,98 %	8,36 %	8,44 %
Triesdorf	8,69 %	8,84 %	8,12 %	7,81 %	7,77 %
Studentenwerk München					
München	11,25 %	10,95 %	11,72 %	10,86 %	10,31 %
Rosenheim	9,81 %	8,82 %	8,32 %	7,91 %	7,95 %
Weihen- stephan	17,04 %	26,16 %	10,95 %	24,79 %	25,37 %
Studentenwerk Niederbayern/Oberpfalz					
Deggendorf	5,97 %	6,61 %	6,14 %	6,26 %	5,61 %
Landshut	7,96 %	7,96 %	6,34 %	5,63 %	6,44 %
Passau	9,27 %	9,09 %	8,25 %	7,86 %	8,45 %
Regensburg	13,15 %	12,65 %	12,17 %	11,63 %	11,66 %
Studentenwerk Oberfranken					
Amberg	7,81 %	3,59 %	2,00 %	10,23 %	10,12 %
Bayreuth	12,77 %	12,77 %	11,16 %	11,78 %	11,89 %
Coburg	10,98 %	12,63 %	11,41 %	12,42 %	11,98 %
Hof	9,56 %	9,56 %	8,49 %	7,41 %	7,40 %
Weiden	4,13 %	4,13 %	10,89 %	9,72 %	10,33 %

Studentenwerk Würzburg

Aschaffen- burg	4,36 %	4,36 %	4,62 %	4,70 %	4,35 %
Bamberg	10,57 %	1,06 %	9,73 %	9,73 %	9,99 %
Schweinfurt	6,07 %	6,07 %	6,11 %	5,83 %	6,69 %
Würzburg	11,08 %	11,56 %	10,42 %	10,29 %	9,85 %

Als Erhebungsstichtag für die Daten wurde jeweils der 1. Januar des jeweiligen Jahres gewählt. Eine Aufschlüsselung nach Winter- und Sommersemester liegt nicht vor.

In der Übersicht sind die in den vergangenen Jahren mit staatlichen Mitteln geförderten, aber noch nicht bezugsfertigen Wohnplätze nicht berücksichtigt.

2. Wie hoch war in Bayern die durchschnittliche Wartezeit für Wohnheimplätze der Studentenwerke in den letzten fünf Jahren? (aufgeschlüsselt für die einzelnen Jahre, nach Winter- und Sommersemester, Hochschulorten und Studentenwerken)

Vorbemerkung:

Eine Vorgabe des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst für die Studentenwerke, ob und wie Wartelisten zu führen sind, besteht nicht. Diese sind als Anstalten des öffentlichen Rechts insoweit eigenverantwortlich tätig. Die Situation an den einzelnen Studentenwerken stellt sich wie folgt dar:

Studentenwerk Augsburg:

Die durchschnittliche Wartezeit für Wohnheimplätze hat sich in den letzten 5 Jahren nicht verändert und liegt bei 1-2 Semestern.

Studentenwerk München:

In München lag bzw. liegt die durchschnittliche Wartezeit

- 2012 und 2013 bei ca. 2 Semestern,
- 2014 und 2015 bei ca. 2-3 Semestern,
- seit 2016 bei ca. 3 Semestern.

In Freising und Rosenheim haben die Studierenden in der Regel Wartezeiten von 1-2 Semestern.

Studentenwerk Niederbayern/Oberpfalz:

Das Studentenwerk führt keine Wartelisten. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre konnten in Regensburg 72 Prozent, in Passau 35 Prozent, in Deggendorf 61 Prozent und in Landshut 40 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt werden.

Studentenwerk Würzburg:

Die durchschnittlichen Wartezeiten für Wohnheimplätze betragen:

	Würzburg	Bamberg	Schweinfurt	Aschaffenburg
WS 2016/17	1-2 Semester	bis 3 Semester	bis 1 Semester	bis 1 Semester
WS 2015/16	1-2 Semester	bis 3 Semester	bis 1 Semester	bis 1 Semester
WS 2014/15	1-2 Semester	bis 3 Semester	bis 1 Semester	bis 1 Semester
WS 2013/14	1-2 Semester	bis 3 Semester	bis 1 Semester	bis 1 Semester
WS 2012/13	1-2 Semester	bis 3 Semester	bis 1 Semester	bis 1 Semester

In den Sommersemestern gibt es kaum Wartezeiten, weil relativ viele Studierende ihr Studium beenden und aus den Wohnheimen ausziehen und nur wenige im Sommersemester mit dem Studium anfangen.

Studentenwerk Oberfranken:

Durch die umfangreiche Bautätigkeit konnten die Wartezeiten signifikant gesenkt werden. Die Entwicklung an den einzelnen Standorten stellt sich seit 2012 wie folgt dar:

		Bayreuth	Coburg	Hof	Münchberg	Amberg	Weiden
2012	Sommersemester	2 Sem.	1 Sem.	1 Sem.	0 Sem.	0 Sem.	1 Sem.
2012	Wintersemester	3 Sem.	3 Sem.	1 Sem.	0 Sem.	1 Sem.	1 Sem.
2013	Sommersemester	2 Sem.	1 Sem.	1 Sem.	0 Sem.	1 Sem.	1 Sem.
2013	Wintersemester	4 Sem.	2 Sem.	2 Sem.	0 Sem.	2 Sem.	2 Sem.
2014	Sommersemester	2 Sem.	1 Sem.	1 Sem.	0 Sem.	1 Sem.	1 Sem.
2014	Wintersemester	3 Sem.	2 Sem.	2 Sem.	0 Sem.	1 Sem.	1 Sem.
2015	Sommersemester	1 Sem.	0 Sem.	1 Sem.	0 Sem.	0 Sem.	0 Sem.
2015	Wintersemester	2 Sem.	1 Sem.	2 Sem.	0 Sem.	1 Sem.	1 Sem.
2016	Sommersemester	0 Sem.	0 Sem.	1 Sem.	0 Sem.	0 Sem.	0 Sem.
2016	Wintersemester	1 Sem.	1 Sem.	1 Sem.	0 Sem.	1 Sem.	1 Sem.

Studentenwerk Erlangen-Nürnberg:

Eine konkrete, durchschnittliche Wartezeit kann nicht abschließend ermittelt werden. Entsprechend der Belegungsbindung für geförderten Wohnraum wird in der Regel eine Einzelprüfung hinsichtlich der Bedürftigkeit durchgeführt; bedürftige Studierende werden unabhängig vom Zeitpunkt des Eingangs der Wohnplatzbewerbung vorrangig berücksichtigt. Deshalb existiert beim Studentenwerk ein Bewerberpool, jedoch keine Warteliste.

Dennoch kann festgestellt werden, dass insbesondere zu Beginn des Wintersemesters an allen Wohnheimstandorten der vorhandene freie Wohnraum nicht für alle Wohnplatzbewerber ausreichend ist. Diese Situation ändert sich jedoch im Laufe des Wintersemesters deutlich. Mittlerweile ist das Studentenwerk an den meisten Standorten zu Beginn des Sommersemesters in der Lage, nahezu allen Wohnplatzbewerbern sowie allen Wartenden aus dem Bewerberpool ein Wohnplatzangebot zu unterbreiten. Studierende, die zu Beginn des Sommersemesters erfolglos einen Wohnplatz suchen, sind an den Standorten Erlangen, Nürnberg und Ansbach nicht zu verzeichnen. Insofern kann eine Wartezeitobergrenze mit sechs Monaten angegeben werden. Eine deutliche Veränderung dieser Situation konnte in den vergangenen fünf Jahren nicht festgestellt werden.

Eine andere Situation besteht in Ingolstadt. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Mietpreise auf dem privaten Wohnungsmarkt drängen Studierende mit einem geringen Einkommen verstärkt auf die wenigen geförderten Wohnplätze des Studentenwerks. Hier ist daher ein „Abarbeiten“ der Bewerberliste auch im Sommersemester nicht möglich. Eine weitere Besonderheit in Ingolstadt besteht darin, dass erst vor fünf Jahren an diesem Studienort ca. 65 % der Wohnplätze entstanden sind. Aufgrund der gleichzeitigen Vergabe eines hohen Wohnplatzanteils kam es in den ersten Jahren kaum zu einer Fluktuation unter den Bewohnern. Somit konnten nur sehr wenige Wohnplätze angeboten werden.

3a) Wie hat sich in den letzten fünf Jahren die Anzahl der Studierenden, die für Wohnheimplätze berechtigt sind verändert? (aufgeschlüsselt für die einzelnen Jahre, nach Winter- und Sommersemester, Hochschulorten und Studentenwerken)

3b) Wie hat sich in den letzten fünf Jahren der Anteil der Studierenden, die für einen Wohnheimplatz berechtigt sind, an den Studierenden insgesamt verändert? (aufgeschlüsselt für die einzelnen Jahre, nach Winter- und Sommersemester, Hochschulorten und Studentenwerken)

Nach Nr. 7.1 Satz 1 der Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende dürfen die Wohnheimplätze nur „bedürftigen Studierenden“ staatlicher oder staatlich anerkannter Hochschulen überlassen werden. Bedürftig i. d. S. sind Studierende, die Leistungen nach dem BAföG erhalten oder deren Einkommen den aus § 13 BAföG in der jeweils geltenden Fassung sich ergebenden Gesamtbetrag für den Bedarf von Studierenden, die nicht bei den Eltern wohnen, um nicht mehr als 10 v. H. übersteigt (Nr. 7.2 der Richtlinien).

Die Frage der Berechtigung für einen Wohnheimplatz ist damit an das Einkommen der Studierenden gekoppelt. Statistische Daten über das Einkommen der Studierenden liegen in der amtlichen Statistik nicht vor.

Daher kann weder die Anzahl der Studierenden, die für Wohnheimplätze berechtigt sind, noch deren Anteil an den Studierenden insgesamt ermittelt werden.

4a) Wie hat sich die durchschnittliche Bewilligungsmiete in den letzten fünf Jahren für Wohnplätze für Studierende geändert? (aufgeschlüsselt für die einzelnen Jahre, nach Winter- und Sommersemester, Hochschulorten und Studentenwerken)

Unabhängig von Winter- und Sommersemester, Hochschulort oder Studentenwerk wird eine einheitliche Leerraummiete entsprechend den zum jeweiligen Zeitpunkt der Bewilligung geltenden Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende festgelegt.

– Nach den Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende vom 7. Dezember 2011, die am 1. Dezember 2012 in Kraft traten (AIIMBl. 2011, S. 654), durfte die Leerraummiete zum Zeitpunkt der Bewilligung im Durchschnitt 170 Euro je Wohnplatz monatlich nicht überschreiten.

– Mit Änderungsbekanntmachung vom 17. Mai 2013 (AIIMBl. 2013, S. 264) durfte ab 1. Mai 2013 die Leerraummiete zum Zeitpunkt der Bewilligung im Durchschnitt 173,70 Euro je Wohnplatz monatlich nicht überschreiten.

– Nach den ab 1. Januar 2016 geltenden Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende vom 4. Dezember 2015 (AIIMBl. 2015 S. 546) darf die Leerraummiete zum Zeitpunkt der Bewilligung im Durchschnitt bis zu 200 Euro je Wohnplatz monatlich betragen.

Diese Leerraummieten dürfen für Eltern-Kind-Apartments (zwei Räume) um bis zu 50 % überschritten werden. In den Leerraummieten sind Pauschalbeträge für Verwaltungskosten, Instandhaltungskosten und Kosten für Schönheitsreparaturen enthalten. Daneben darf ein Möblierungszuschlag von höchstens 14,50 Euro je Wohnplatz monatlich

erhoben werden. Neben der zulässigen Leerraummiete und dem Möblierungszuschlag darf der Vermieter Betriebskosten nach den allgemeinen mietrechtlichen Vorschriften verlangen.

4b) Wie hat sich die durchschnittliche Differenz zwischen der Kostenmiete und der Bewilligungsmiete in den in den letzten fünf Jahren für Wohnplätze für Studierende geändert? (aufgeschlüsselt für die einzelnen Jahre, nach Winter- und Sommersemester, Hochschulorten und Studentenwerken)

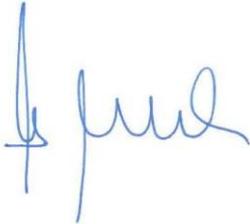
Die ab 2012 bewilligten Leerraummieten und Möblierungszuschläge dürfen grundsätzlich, entsprechend den jeweils geltenden Richtlinien und dem Bewilligungszeitpunkt, zum 1. Januar jeden dritten Jahres erhöht werden um den Prozentsatz, um den sich der vom Statistischen Bundesamt festgestellte Verbraucherpreisindex für Deutschland für den der Veränderung vorausgehenden Monat Oktober gegenüber dem Verbraucherpreisindex für Deutschland für den der letzten Veränderung vorausgehenden Monat Oktober erhöht hat. Bei einer Verringerung des Verbraucherpreisindexes wären die Leerraummiete und der Möblierungszuschlag entsprechend zu senken.

Für Wohnplätze, die ab 1. Januar 2012 gefördert wurden, betrug die Bewilligungsmiete 170,00 Euro je Wohnplatz monatlich. Diese Miete konnte ab 1. Januar 2013 um 9,79 Euro je Wohnplatz monatlich und ab 1. Januar 2016 um 4,12 Euro je Wohnplatz monatlich erhöht werden. Die nächste Anpassung wäre zum 1. Januar 2019 möglich.

Die Bewilligungsmiete betrug für Wohnplätze, die ab 1. Mai 2013 gefördert wurden, 173,70 Euro je Wohnplatz monatlich. Diese Miete konnte ab 1. Januar 2016 um 3,98 Euro je Wohnplatz monatlich erhöht werden. Die nächste Anpassung wäre zum 1. Januar 2019 möglich.

Seit 1. Januar 2016 beträgt die Bewilligungsmiete 200,00 Euro je Wohnplatz monatlich. Diese Miete kann erstmals am 1. Januar 2019 erhöht werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'L. Spaenle', with a stylized flourish at the end.

Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister